

2030 WATCH

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie, anspruchsvolle Indikatoren und die Datenrevolution

Der Kommentar der Open Knowledge Foundation Deutschland (OKF) zum Entwurf der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (ENNS)

Die [Open Knowledge Foundation Deutschland \(OKF\)](#) ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Berlin. Seit der Gründung im Jahr 2011 setzt sich die OKF dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger umfassenden Zugang zu Wissen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens (Politik, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft) bekommen und dieses Wissen nutzen können, um als informierte Bürger aktiv an gesellschaftlichen Prozessen teilnehmen zu können. Dabei liegt ein Schwerpunkt der Vereinsarbeit auf der Veröffentlichung und Nutzung von offenem Wissen und offenen Daten und dem Einsatz von innovativen Informations- und Kommunikationstechnologien, um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Die OKF ist Teil eines [internationalen Netzwerkes](#) von OKF Gruppen und Organisationen in 51 Ländern mit denen wir in vielen Projekten auf internationaler Ebene kooperieren.

Seit 2015 führt die OKF das Projekt 2030 Watch durch. Dieses Projekt verfolgt das Ziel, die Umsetzung der 2030 Agenda in Deutschland anhand von Indikatoren zu überwachen und in einem Online-Tool übersichtlich darzustellen. 2030 Watch nutzt dabei offizielle Indikatoren sowie komplementäre Indikatoren, die teilweise von zivilgesellschaftlichen Organisationen bereitgestellt werden. Weitere wesentliche Aspekte des Projektes sind der Vergleich Deutschlands mit anderen OECD Ländern sowie die Zusammenarbeit mit Datenpaten, d.h. mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die über hohe Expertise zu einem Indikator verfügen. Im November 2015 hat die OKF unter www.2030-watch.de einen Prototyp für ein Online-Monitoring-Tool veröffentlicht (siehe Abbildung 1).

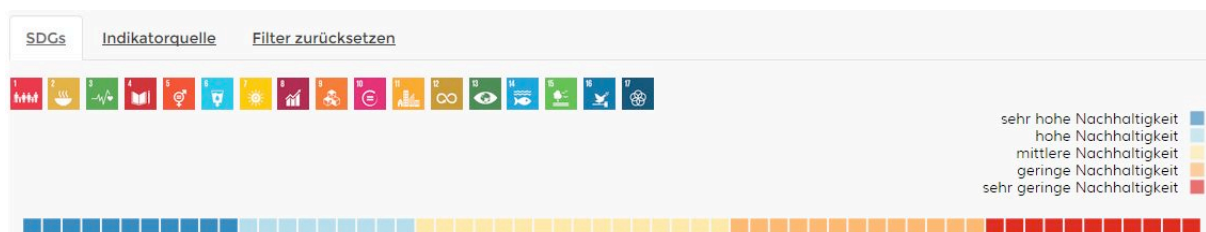


Abbildung 1: Prototyp für das Online-Monitoring-Tool 2030 Watch

Die Open Knowledge Foundation Deutschland begrüßt die Möglichkeit den Entwurf der Bundesregierung für die neue nationale Nachhaltigkeitsstrategie (ENNS) zu kommentieren. **Transparenz und Bürgerbeteiligung** sind selber Teil der 2030 Agenda (**SDG 16.6 und 16.7**). Um eine sinnvolle Beteiligung zu ermöglichen ist es unerlässlich, dass alle wesentlichen Aspekte der neuen Nachhaltigkeitsstrategie kommentiert werden können. Im ENNS sind Prioritäten, Maßnahmen und Indikatoren definiert, nicht jedoch quantitative Zielwerte für die vorgeschlagenen Indikatoren.

Die OKF empfiehlt daher dringend, eine zweite Runde der Konsultation einzurichten, die auch die Definition verbindlicher Zielwerte zum Gegenstand hat. Diese zweite Konsultationsphase sollte derart gestaltet sein, dass alle relevanten Akteure die Gelegenheit haben, sich an dem Prozess zu beteiligen.

Diese Kommentierung der OKF des **Entwurfs der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie** besteht aus vier Teilen:

1. **Die Datenrevolution:** Bereits der Bericht des High Level Panels of Eminent Persons von 2013 hat die Forderung aufgestellt, dass die neue globale Nachhaltigkeitsagenda mit einer Datenrevolution einhergehen muss. Der UN Generalsekretär hat vor diesem Hintergrund eine Expertenkommission zur Datenrevolution einberufen, die im November 2015 Empfehlungen mit nötigen Schritten für eine Datenrevolution vorgelegt. In der Kommentierung des ENNS wird die OKF konkrete Empfehlungen dazu abgeben, wie die Datenrevolution in Deutschland aussehen könnte.
2. **SDG 16 - Fundament einer wirksamen Umsetzung der 2030 Agenda:** Aus Sicht der OKF ist SDG 16 – Frieden und Gerechtigkeit – das Fundament zu einer ambitionierten Umsetzung aller Nachhaltigkeitsziele. Daher werden wir in einem zweiten Teil den Entwurf der Bundesregierung zur Umsetzung von SDG 16 ausführlicher kommentieren.
3. **Indikatoren im ENNS:** Das 2030 Watch Team der OKF hat sich seit 2015 intensiv mit der Frage nach geeigneten Indikatoren für das Monitoring der Umsetzung aller SDGs in Deutschland befasst. In diesem Zusammenhang haben wir mit zahlreichen Experten der Zivilgesellschaft gesprochen, bestehende Indikatorvorschläge für die SDGs analysiert und eigene Recherchen betrieben. Vor diesem Hintergrund werden wir die Auswahl der Indikatoren im ENNS für viele SDGs kommentieren. Dabei ist zu betonen, dass diese Kommentierung nur punktuell auf Schwachstellen hinweisen kann und keineswegs eine umfassende Bewertung des ENNS zu einem SDG darstellt.
4. **Monitoring der 2030 Agenda in Deutschland:** In dem 2030 Watch Projekt befasst sich die OKF seit fast zwei Jahren mit der Frage, wie ein öffentliches Monitoring der

2030 Agenda aussehen könnte. Auf der Basis dieser Arbeit formulieren wir einige Empfehlungen an die Bundesregierung zum Monitoring.

1. Wo bleibt die Datenrevolution?

Auf internationaler Ebene ist die 2030 Agenda eng verknüpft mit der sogenannten Datenrevolution. Die Forderung nach einer Datenrevolution zur Umsetzung der 2030 Agenda stammt aus dem [Bericht](#) des High Level Panels of Eminent Persons. Dieses Panel wurde vom UN Generalsekretär einberufen und hat 2013 seinen Bericht zur Weiterentwicklung der globalen Nachhaltigkeitsagenda vorgelegt. Inhaltlich knüpft die Datenrevolution auch an die Open Data Charter der G7 von 2013 an. In den Diskussionen zur 2030 Agenda in Deutschland ist die Datenrevolution jedoch noch kein Thema.

Grundsätzlich bedeutet die Datenrevolution erstens, dass die Bundesregierung die Daten, die bereits zur Verfügung stehen, besser nutzt und zweitens, dass die Bundesregierung die Erhebung und Aufbereitung zusätzlicher Daten ermöglicht, die für eine Erfolgskontrolle der Nachhaltigkeitsstrategie notwendig sind. Die Datenrevolution sollte dabei im Wesentlichen von politischen Prioritäten und Bedarfen geleitet sein, und nicht von institutionellen Vorgaben oder finanziellen Beschränkungen.

Die Bundesregierung sollte in der Nachhaltigkeitsstrategie ein Kapitel zur Datenrevolution aufnehmen, konkrete Maßnahmen vorsehen und damit das Potential von Daten für die Förderung von Nachhaltigkeit in Deutschland und in Partnerländern zu nutzen.

- **Steuerungsgruppe Datenrevolution:** Unter der Leitung des Bundesinnenministeriums, das für die Open Data Charter zuständig ist, sollte die Bundesregierung eine Steuerungsgruppe für die Datenrevolution einrichten. Neben dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Landesämtern sollten auch Datenexperten aus den Ressorts sowie Vertreter von der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft in dieser Steuerungsgruppe vertreten sein. Ziel der Steuerungsgruppe sollte es sein, sich explizit mit der Übersetzung der Datenrevolution auf den deutschen Kontext zu befassen und innovative Vorschläge zu entwickeln, um die Fortschrittskontrolle der 2030 Agenda sicher zu stellen.
- **Bestandsaufnahme:** Die Steuerungsgruppe Datenrevolution sollte für jedes Ressort eine Bestandsaufnahme von bereits verfügbaren Daten und von Datenbedarfen erarbeiten. Darauf aufbauend sollte sie einen Plan vorlegen, der beschreibt wie die Bereitstellung und Nutzung der Daten mittel- und langfristig in Deutschland verbessert werden kann und wie Deutschland zur Datenrevolution auf internationaler Ebene beitragen kann.
- **Nutzung neuer Datenquellen:** Das Monitoring der 2030 Agenda ist kein Selbstzweck, sondern dient dazu politische Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit über Fortschritte oder auch Rückschritte zu informieren. Für diesen Zweck sind

statistische Daten, wie sie vom statistischen Bundesamt oder von den statistischen Landesämtern bereitgestellt werden, von hohem Nutzen. Allerdings gibt es auch andere Typen von Daten, die in diesem Kontext einen Mehrwert bieten. Dazu zählen Satellitendaten beispielsweise zum Anteil der Grünflächen in Städten, Verwaltungsdaten wie beispielsweise die Anzahl der abgelehnten Anfragen auf der Basis des Informationsfreiheitsgesetzes am Anteil aller Anfragen, Daten aus wissenschaftlichen Forschungsvorhaben und Daten von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Steuerungsgruppe sollte die Nutzung von unterschiedlichen Datentypen für das Monitoring der 2030 Agenda prüfen und dazu Bericht erstatten.

Zur besseren Nutzung **bestehender Daten** schlägt die Open Knowledge Foundation Deutschland dazu folgende konkrete Maßnahmen vor:

- **Innovation in der Forschung:** Staatliche geförderte oder teilgeförderte Forschung soll weitgehend unter Open Science Lizenzen veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung sollte explizit auch die Daten beinhalten, die im Rahmen von Forschungsvorhaben gesammelt werden.
- **G7 Open Data Charter:** Die Umsetzung der G7 Open Data Charter von 2013 sollte in allen Ressorts vorangetrieben werden. Die Bundesregierung sollte insbesondere die Veröffentlichungspraxis von Behörden und Ministerien abändern. Bisher ist die Nicht-Veröffentlichung von behördlichen Daten die Regel und nur einzelne Datensätze werden veröffentlicht. Im Zuge der Datenrevolution sollte die Bundesregierung beschließen, dass Daten grundsätzlich veröffentlicht werden, es sei denn es gibt schwerwiegende Gründe dies nicht zu tun. Kurzfristig sollten alle Ressorts Konsultationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen durchführen, um Daten zu identifizieren, die prioritär zu veröffentlichen sind.
- **Berichterstattungspflichten:** Daten, die im Rahmen von staatlicher Berichterstattungspflichten auf Bundeslandebene und auf nationaler Ebene gesammelt und aufbereitet werden, sollten in offenen Lizenzen und maschinenlesbaren Formaten auf dem Datenportal der Bundesregierung <https://www.govdata.de/> bereitgestellt werden. Daten sollten unter einer Creative Commons Lizenz bereitgestellt werden. Darüber hinaus sollten internationale Vereinbarungen zu Berichterstattungspflichten grundsätzlich die Veröffentlichung vergleichbarer und maschinenlesbarer Daten unter offenen Lizenzen vorsehen.
- **Subventions- und Förderdaten:** Subventionen und Förderprogramme sind ein wichtiges Instrument der Bundesregierung zur Umsetzung der 2030 Agenda. Subventionen und Förderprogramme können aber auch Fehlentwicklungen in der Politik verfestigen und die Umsetzung der SDGs erschweren. Vor diesem Hintergrund

ist es zentral, dass detaillierte Daten zu allen Subventionen und Förderprogrammen auf europäischer Ebene, auf nationaler Ebene und auf Länderebene standardisiert werden und in maschinenlesbaren Formaten und offenen Lizenzen auf der <https://www.govdata.de/> Plattform bereitgestellt werden.

- **Vermeidung von Verzerrung in medizinischen Versuchsdaten:** Im Gesundheitsbereich ist es weitgehend Praxis, dass nur Daten zu erfolgreichen klinischen Studien veröffentlicht werden. Daten zu klinischen Studien, die nicht erfolgreich waren, werden nicht veröffentlicht. So wird der Sachstand in der medizinischen Forschung verzerrt. Zur Förderung von Innovation und Effizienz in der Gesundheitsversorgung sollte im Rahmen der Zulassungsverfahren neuer Medikamente die Veröffentlichung aller Forschungsdaten zu Medikamenten verpflichtend sein um Verzerrung in der Darstellung von Ergebnissen zu vermeiden. Mehr dazu unter <http://www.alltrials.net/>
- **Offene Vergabedaten:** Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit fördert derzeit die Open Contracting Initiative (OCI) zur Förderung von Transparenz in der Vergabe öffentlicher Aufträge. Die Bundesregierung sollte die bisher in der OCI gemachten Erfahrungen nutzen um die Vergabe von öffentlichen Aufträgen in Deutschland und in von Deutschland finanzierten Projekten zu erhöhen.
- **Standardisierung:** Daten sind ein zentrales Element der Informationsgesellschaft. Wichtig für eine sinnvolle Nutzung ist jedoch oft, dass Daten aus unterschiedlichen Quellen kombiniert werden können. Aus diesem Grund sollte die Vereinheitlichung von Datenstandards in allen Ressorts verstärkt vorangetrieben werden. Beispielsweise sollte sich das BMZ verstärkt dafür einsetzen, dass Haushaltssurveys in Entwicklungsländern nach einem einheitlichen Standard erhoben werden und für alle Akteure öffentlich zugänglich gemacht werden.
- **Schutz privater Daten:** In vielen Bereichen sind es Unternehmen, die das Potential von Daten und vor allem von Big Data erkennen und nutzen, beispielsweise indem sie Daten von einzelnen Nutzern erheben. Auch in der Verwaltung werden Daten von Bürgerinnen und Bürgern erhoben. Vor diesem Hintergrund sollte die Bundesregierung sicherstellen, dass die Sammlung und Nutzung von privaten Daten in einem klaren und verbraucherfreundlichen Gesetzesrahmen geregelt wird, ohne dabei das Potential von Datenaggregation für gesellschaftliche Zwecke aus den Augen zu verlieren.

2. Das Fundament einer anspruchsvollen Umsetzung der 2030 Agenda - das SDG 16

SDG 16 (Frieden und Gerechtigkeit) ist aus Sicht der OKF das wichtigste der 17 Nachhaltigkeitsziele, weil die in SDG 16 angesprochenen Ziele die Voraussetzungen für das Erreichen der übrigen Ziele thematisieren. Diese zentrale Bedeutung von SDG 16 wird auch im ENNS betont, ohne jedoch daraus Konsequenzen zu ziehen.

Die Notwendigkeit eines politischen Kurswandels zum Schutz der natürlichen Ressourcen ist seit dem Brundtland Bericht von 1987 und der Rio Konferenz von 1992 bekannt. Auch die Bekämpfung der globalen Armut und konkrete Versprechen wie die Bereitstellung von 0,7% des BNE ist seit Jahrzehnten auf der internationalen Agenda.

Nichtsdestotrotz sind die Fortschritte der letzten Jahrzehnte hin zu einer nachhaltigen und gerechten Welt unzureichend. In vielen politischen Aushandlungsprozessen auf nationaler und internationaler Ebene konnten sich andere Interessen gegenüber den Zielen der Armutsbekämpfung, der Gleichberechtigung und der Wahrung der natürlichen Ressourcen durchsetzen.

Vor diesem Hintergrund vertritt das 2030 Watch Projekt der OKF die Auffassung, dass es Veränderungen in den Aushandlungsprozessen bedarf, damit alle 17 Nachhaltigkeitsziele erreicht werden können. Ein wesentlicher Faktor für Aushandlungsprozesse mit besseren Ergebnissen für das Gemeinwohl ist nach unserer Überzeugung Transparenz. Solange Interessenslagen von Akteuren und Prozesse der Einflussnahme im Verborgenen sind, werden Entscheidungen gegen das Gemeinwohl und Korruption erleichtert und die demokratische Rechenschaftslegung ist eingeschränkt. Die Bedeutung von Transparenz, Korruptionsbekämpfung und Bürgerbeteiligung ist in SDG 16.5 bis 16.7 explizit betont.

Angesichts der großen Wichtigkeit von SDG 16, aber auch angesichts der großen thematischen Bandbreite dieses Nachhaltigkeitszieles ist der vorgelegte ENNS zur Umsetzung von SDG 16 aus Sicht der OKF völlig unzureichend. Darüber hinaus spiegeln die zwei im ENNS vorgeschlagenen Indikatoren nicht die besonderen Herausforderungen Deutschlands zu SDG 16 wider.

Unter anderem sollten folgende **Themen** in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigt werden:

- Der Waffenexport in Krisenregionen oder an nichtdemokratische Staaten,
- Die Zuständigkeit deutscher Gerichte bei der Verletzung von Umwelt- und Sozialstandards in Entwicklungsländern, bei der Tochterfirmen oder Zulieferer deutscher Firmen betroffen sind,

- Die Förderung des Zugangs zu Justiz von Opfern von Menschenrechtsverletzungen, bei denen Tochterfirmen oder Zulieferer deutscher Firmen betroffen sind,
- Die Verbesserung der Transparenz des deutschen Finanzmarktes zur Vermeidung illegaler Finanzflüsse,
- Die stärkere Regulierung der internationalen Finanzmärkte und die Gewährleistung von Transparenz in internationalen Finanzflüssen,
- Die Bekämpfung der Korruption in Deutschland und in der EU, sowie in der deutschen EZ, vor allem im Bezug auf die öffentliche Vergabep Praxis (siehe dazu die Befragung des Business and Industry Advisory Committee to the OECD (BIAC) von 2014),
- Die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung gemäß den Empfehlungen der Financial Action Task Force (FATF),
- Die Modernisierung multilateraler Organisationen zur stärkeren Repräsentation von Entwicklungsländern,
- Die Umsetzung des Informationsfreiheitsgesetzes bzw. die Einführung eines modernen Transparenzgesetzes in Deutschland,
- Die stärkere Trennung von wirtschaftlichen Interessen von politischen Entscheidungsprozessen durch eine mindestens dreijährige Karenzzeit beim Wechsel zwischen hohen politischen Ämtern und verantwortungsvollen Positionen in der Wirtschaft,
- Die Erhöhung der Transparenz in Politik und Wirtschaft, u.a. durch
 - Die vollständige Umsetzung des G8 Aktionsplanes zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung von 2013 und die Berichterstattung über die Umsetzung dieses Aktionsplanes,
 - die Einführung eines umfassenden Unternehmensregisters inklusive der Veröffentlichung des beneficial ownerships,
 - die Erhöhung der Transparenz von Parteienfinanzierungen,
 - die verbindliche Veröffentlichung von Abgeordneteneinkünften,
 - die Einführung eines umfassenden Lobbyregisters,
 - die Erhöhung der Transparenz von Lobbyaktivitäten im Bundestag, in Landtagen und im europäischen Parlament,
 - die Veröffentlichung von Verhandlungsmandaten in der EU,
 - die Veröffentlichung von Entwürfen internationaler Verträge,
 - die umfassende ex-ante Veröffentlichung von Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen staatlicher Investitionen inklusive der KfW Entwicklungsbank, der DEG und der Exportkreditversicherungen.
- Die proaktive Veröffentlichung von öffentlichen Daten und Dokumenten im Rahmen einer ambitionierteren Umsetzung der Open Data Charter der G7 und die Entwicklung eines anspruchsvollen Aktionsplanes für die Open Government Partnership.

Zur Messung der Umsetzung von SDG 16 in Deutschland und durch Deutschland schlägt die OKF folgende **Indikatoren** vor.

- 16.1. Die Transparenz der Waffenexportverfahren (siehe Transparency Tracker von Saferworld)
- 16.1. Das Finanzvolumen deutscher Waffenexporte insgesamt (disaggregiert nach unterschiedlichen Waffenkategorien) und an Länder, die mindestens einem der acht Kriterien des [EU Code of Conduct](#) für Waffenexporte nicht entsprechen
- 16.1. Proportion of population subjected to physical, psychological or sexual violence in the previous 12 months (IAEG 16.1.3. – Anteil der Bevölkerung, die in den letzten 12 Monaten körperliche, psychologische oder sexuelle Gewalt erfahren hat)
- 16.1. Proportion of population that feel safe walking alone around the area they live (IAEG 16.1.4. – Anteil der Bevölkerung, die sich alleine in ihrem Wohngebiet sicher fühlt)
- 16.2. Proportion of children aged 1-17 years who experienced any physical punishment and/or physical aggression by caregivers in the past month (IAEG 16.2.1. – Anteil der Kinder zwischen 1 und 17, die im letzten Monat körperliche Bestrafung oder Aggression von Betreuungspersonen erfahren haben)
- 16.2. Proportion of young women and men aged 18-29 years who experienced sexual violence by age 18 (IAEG 16.2.3. – Anteil der jungen Frauen und Männer zwischen 18 und 29, die vor ihrem 18. Geburtstag sexuelle Gewalt erfahren haben)
- 16.4. Der [Open Company Registry Index](#) von Open Corporates
- 16.4. Der [Financial Secrecy Index](#) des Tax Justice Networks
- 16.5. Der [Corruption Perception Index](#) von Transparency International
- 16.6. Der [Open Data Index](#) der Open Knowledge Foundation
- 16.6. Der [Money, Politics and Transparency Index](#) von der Sunlight Foundation und Integrity Action
- 16.7. Die zwei [Civic Engagement Indikatoren](#) des OECD Better Life Indices
- 16.10. Der [Right to Information Index](#) von Access Info

Diese Indikatoren decken nicht alle oben genannten Themen ab. Weitere Indikatoren im Bereich Transparenz, Antikorrruption, Bürgerbeteiligung und Sicherheit sollten in Kooperation mit ExpertInnen der Zivilgesellschaft entwickelt werden.

3. Kommentare zu den Indikatoren einzelner SDGs

SDG 1

Im Rahmen der [Europe2020 Strategie](#) der Europäischen Union gibt es bereits Indikatoren zu Armut in europäischen Ländern. Die dort verwendeten Indikatoren sind auch in Deutschland sinnvoll, wobei die Zielwerte Diskussion einer nationalen Debatte sein sollten. Konkret kommen folgende Eurostat Indikatoren in Frage:

- Armutsquote nach Abzug von Steuern und Transferleistungen
- Von Armut bedrohte Personen nach Sozialleistungen (disaggregiert)
- In Haushalten mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit lebende Personen
- Von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffene oder bedrohte Menschen (% der Bevölkerung und in Millionen)
- Unter erheblicher materieller Deprivation leidende Personen (Anteil der Bevölkerung)

Die OKF schlägt zusätzlich zu den EU 2020 Indikatoren auch folgende Indikatoren vor:

- In work poverty rate (Armut trotz Erwerbstätigkeit, Eurostat Indikator Code tesov110). Dieser Indikator ist wichtig, um dem Prinzip “leave no one behind” auch auf nationaler Ebene gerecht zu werden. Neben SDG 1 ist dieser Indikator auch für SDG 8.5 “Decent work” sinnvoll.
- Proportion of government recurrent and capital spending to sectors that disproportionately benefit women, the poor and vulnerable groups (Indikator 1.b.1. der Inter Agency and Expert Group (IAEG) – Anteil der Staatsausgaben an Sektoren, von denen überproportional viele Frauen, Arme und gefährdete Gruppen profitieren)

Für SDG 1 sollte die Bundesregierung die Auswahl der Indikatoren und die Festlegung von Zielwerten in enger Abstimmung mit den Wohlfahrtsverbänden vornehmen.

SDG 2

Die Intensivlandwirtschaft in Deutschland hat negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft in Entwicklungsländern. Dieser Zusammenhang spiegelt sich in den Indikatoren des ENNS nicht wieder. Auch der problematische Fleischkonsum und die Fleischindustrie in Deutschland finden keine Beachtung. Die Fleischproduktion in Deutschland ist unter den Gesichtspunkten Ernährungssicherheit, Klimawandel und Fleischexporte in Entwicklungsländern nicht nachhaltig. Folgende zusätzliche Indikatoren werden vorgeschlagen:

- Fleischkonsum pro Kopf
- Futtermittelimporte in Tonnen

- **Producer Support Estimate (IAEG Indikator)**

Die Indikatoren Ökolandbau und Stickstoffeintrag im aktuellen ENNS sollten mit anspruchsvollen Zielwerten versehen werden.

SDG 3

Dieses SDG ist ein gutes Beispiel dafür, wie die globale Herausforderung nicht ausreichend auf die nationale Verantwortung herunter gebrochen wird bzw. wie systemische Probleme in dem ENNS unbeachtet bleiben. Die im ENNS vorgeschlagenen Indikatoren beziehen sich fast ausschließlich auf die Umsetzung in Deutschland - als hätte die Bundesregierung keinen Handlungsspielraum jenseits von ODA (Official Development Assistance) Zahlungen zur Förderung von Gesundheit für alle überall. Im Bezug auf tropische Krankheiten liegen die spezifische Verantwortungen der Bundesregierung und der EU unter anderem darin, die Produktion von kostengünstigen Generika in Entwicklungsländern durch entsprechende Patentregelungen zu ermöglichen und Forschungsmittel für die Bekämpfung von tropischen Krankheiten bereit zu stellen. Der zweite Aspekt wird in dem ENNS angesprochen, jedoch nicht in einem Indikator operationalisiert. Darüber hinaus sollte auch die Zulassungspraxis von Medikamenten daraufhin überprüft werden, inwiefern Anreize für die Pharmaindustrie an den Bedarfen an Medikamenten in Deutschland und im Ausland angepasst sind.

Die von dem ENNS vorgeschlagenen Indikatoren sind grundsätzlich sinnvoll, wenn auch nicht ausreichend. Der ENNS schlägt eine Reihe von Output Indikatoren zur Gesundheit von Menschen in Deutschland vor, ohne jedoch den staatlichen Handlungsspielraum zu thematisieren. Beispielsweise im Bezug auf Adipositas gibt es keine Maßnahmenvorschläge zur Einschränkung der Werbung für gesundheitsschädliche Produkte (hoher Zuckergehalt oder hoher Anteil ungesättigter Fette), zu irreführender Werbung oder zur Besteuerung von gesundheitsschädlichen Produkten.

Ein Beispiel für einen sinnvollen zusätzlichen Indikator ist die Erschwinglichkeit von Tabak.

SDG 4

Für den Bildungsbereich in Deutschland ist die Maxime der 2030 Agenda "Leave no one behind" sehr relevant. Vor dem Hintergrund ist es zentral, dass die Bundesregierung Maßnahmen unternimmt und Indikatoren definiert, um sicherzustellen, dass auch Kinder aus sozial benachteiligten Familien, Familien mit nur einem Elternteil, Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder mit Behinderungen gleichberechtigten Zugang zu einer guten Bildung erhalten.

Diese Herausforderungen sind in den vom ENNS vorgeschlagenen Indikatoren kaum abgebildet. Sinnvolle Indikatoren wären beispielsweise

- Die Abhängigkeit des schulischen Erfolgs vom sozialen Status des Elternhauses (Bertelsmann Social Justice Index auf der Basis von PISA Daten),
- Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund, die einen Sekundarabschluss erreichen,
- Die Anzahl der Sonderpädagogen pro Klasse, in der Kinder mit Behinderungen zusammen mit Kindern ohne Behinderungen unterrichtet werden,
- Die Anzahl Sozialpädagogen pro 100.000 Einwohner, die Kindern und Familien betreuen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind.

Die Auswahl an Indikatoren für eine nachhaltige und gerechte Bildungspolitik in Deutschland sollte in Konsultation mit VertreterInnen von Eltern, Lehrer und StudentInnen entwickelt werden.

Es ist sehr zu begrüßen, dass die Bundesregierung einen Indikator für Bildung für nachhaltige Entwicklung in die neue Nachhaltigkeitsstrategie aufnehmen will. Vor diesem Hintergrund ist zu betonen, dass es einen Trend hin zu “Bildung für privatwirtschaftliche Interessen” an Schulen gibt. Wie unter SDG 12 weiter ausgeführt, sollte die nationale Nachhaltigkeitsstrategie daher auch Lobbyismus von Unternehmen an Schulen thematisieren und Maßnahmen dagegen ergreifen.

SDG 5

Bisher sind Frauenverbände sowie Schwulen- und Lesbenverbände in der Diskussion um die 2030 Agenda in Deutschland kaum involviert. Die Position dieser Verbände sollte bei der Entwicklung der neuen Nachhaltigkeitsstrategie aktiv angefragt werden. Darüber hinaus sollte die nationale Nachhaltigkeitsstrategie die Diskriminierung von Menschen (vor allem Frauen) in der Werbung und die Verfestigung diskriminierender Menschenbilder thematisieren.

Auf der Ebene der Indikatoren sollten die IAEG Indikatoren zu Frauen in Parlamenten und zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen miteinbezogen werden.

SDG 7

Für SDG 7 stehen sowohl im ENNS als auch in der Europe 2020 Strategie der Europäischen Kommission mehrere sinnvolle Indikatoren zur Verfügung. Allerdings können diese Indikatoren nur mit ambitionierten Zielwerten funktionieren. Als Schlüsselindikator für einen Wandel in der Energiepolitik sollte die Bundesregierung folgenden zusätzlichen Indikator aufnehmen: die Höhe der Subventionen für fossile Energieträger, für Kernkraft und für erneuerbare Energien im Verhältnis zu allen Subventionen im Energiesektor.

SDG 8

Die Bundesregierung hat in mehreren Verlautbarungen zum Ausdruck gebracht, dass sie zu den Pionieren der Umsetzung der 2030 Agenda gehören will. SDG 8 ist ein Bereich, wo die Bundesregierung dieser Ankündigung besonderes Gewicht verleihen könnte.

Wirtschaftliches Wachstum ist in der Vergangenheit immer mit hohem Ressourcenverbrauch einhergegangen. Zudem war wirtschaftliches Wachstum auch häufig verbunden mit unsozialen Arbeitsbedingungen und mit Umweltzerstörung.

Eine Forderung nach mehr Wachstum kann vor dem Hintergrund der 2030 Agenda nur sinnvoll sein, wenn es ein Wachstum ist, bei dem der Ressourcenverbrauch massiv zurückgefahren wird, bei dem Umweltzerstörung vermieden wird und bei dem Menschenrechtsstandards und faire Arbeitsbedingungen entlang der gesamten Produktionskette sichergestellt sind. Die Bedeutung von Ressourcenschutz, Menschenrechtsstandards und fairen Arbeitsbedingungen wird im ENNS richtigerweise betont. Allerdings bleibt der Entwurf eine Antwort darauf schuldig, welche Schritte die Bundesregierung konkret unternehmen wird, um die Verantwortung von privatwirtschaftlichen Akteuren in diesem Bereich zu fördern. Auch ist nicht klar, wie die starke Exportorientierung Deutschlands mit einer Förderung von Wachstum und Wohlstand in Netto-Import-Ländern vereint werden kann. Schließlich gibt es im ENNS im Zusammenhang mit den nationalen Prioritäten keine Aussagen zu den teils prekären Arbeitsbedingungen von Menschen im Niedriglohnsektor und insbesondere in Sektoren, die besonders bedroht sind von Ausbeutung ausländischer Arbeitsmigranten beispielsweise in der Landwirtschaft oder der Fleischindustrie.

In der Beschreibung der Herausforderungen und der Maßnahmen zu SDG gibt es im ENNS viele sinnvolle Hinweise. Auf der Ebene der Indikatoren jedoch werden die im Text angesprochenen Themen nur sehr unzureichend abgebildet.

Folgende Ergänzungen auf der Ebene der Indikatoren wären sinnvoll:

- Höhe der Subventionen fossiler Energieträgern im Verhältnis zu allen Subventionen im Energiebereich (siehe SDG 7 und IAEG Indikator 12.c.1.),
- Anteil der Jugendlichen, die nicht in Schule, Arbeit oder Ausbildung sind (IAEG 8.6.1.),
- Jugendarbeitslosenquote disaggregiert nach Gender, Migrationshintergrund und für Menschen mit Behinderungen,
- Der Material Footprint per capita. (IAEG 8.4.1.) Dieser Indikator ist jedoch noch weiter zu entwickeln,
- Domestic material consumption per capita (IAEG 8.4.2. – pro Kopf Inlandsmaterialverbrauch),
- Anteil der Erwerbstätigen, die trotz Arbeit von Armut bedroht sind (Eurostat In work-at risk of poverty - Indikator Code tesov110, siehe auch SDG 1),

- Verabschiedung verbindlicher Vorgaben für Unternehmen zu Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette,
- Verabschiedung verbindlicher Berichterstattungspflichten für Unternehmen von Menschenrechten, Arbeits- und Sozialstandards,
- Verabschiedung verbindlicher Vorgaben für transparente Produktinformationen über Umwelt- und Sozialbedingungen der Produktion,
- Absolute Höhe der Subventionen für Flugbenzin.

SDG 9

Die Förder- und Subventionspolitik ist ein wichtiges Instrument der Bundesregierung zur Umsetzung der 2030 Agenda. Um die Transparenz der Politik in dieser Hinsicht zu fördern, sollte der Subventionsbericht der Bundesregierung sowie die Auszahlungen aller Förderprogramme in maschinenlesbaren Daten jährlich veröffentlicht werden. Dabei sollte eine Standardisierung der Daten mit Förderdaten auf europäischer Ebene und auf Bundeslandebene vorgenommen werden.

Der von dem ENNS vorgeschlagene Indikator zur Förderung von Forschung und Entwicklung ist sinnvoll, allerdings sollte der Indikator disaggregiert werden nach Sektoren und nach staatlicher und privater Förderung.

SDG 10

Die Abschaffung der Ungleichheit ist ein zentraler Teil der 2030 Agenda und SDG 10 ist einer der großen Erfolge der neuen Agenda. Der ENNS wird der Bedeutung dieses SDGs jedoch keineswegs gerecht. Wichtige Themen und Aspekte bleiben im ENNS unbenannt. Bei diesem SDG dass eine wesentliche Weiterentwicklung gegenüber den MDGs darstellt, reichen der Bundesregierung drei Indikatoren aus, um Fortschritt zu messen.

Der von dem ENNS vorgeschlagene Gini Koeffizient ist nur begrenzt nützlich, um die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen zu messen, da nur der Grad der Ungleichverteilung insgesamt gemessen wird, nicht jedoch die Verteilung von Einkommen oder Vermögen einzelner Bevölkerungsteile. Daher sollte die nationale Nachhaltigkeitsstrategie den Palma Index als ergänzenden Indikator aufnehmen, welcher das Verhältnis zwischen den reichsten 10% und den ärmsten 40% der Bevölkerung am Bruttonationaleinkommen beschreibt.

Der ENNS stellt die 2030 Agenda als ein Programm zur Bekämpfung von Fluchtursachen dar. Gleichzeitig gibt es auf Indikatorenebene jedoch keinen Vorschlag dazu, wie der Beitrag Deutschlands zum Umgang mit Flucht und Migration gemessen werden soll. Jenseits aller Debatten um die Verteilung von Flüchtlingen, die Festlegung von sicheren Herkunftsländern und die Integration sollte auf europäischer Ebene angestrebt werden,

dass Menschen, die in der EU Zuflucht suchen, nicht auf dem Weg dorthin den Tod finden. Ein sinnvoller Indikator für die Umsetzung von SDG 10.7. ist die Anzahl der Menschen, die als Flüchtlinge auf dem Mittelmeer den Tod finden (<http://www.iom.int/news/iom-counts-3771-migrant-fatalities-mediterranean-2015> und <http://www.themigrantsfiles.com/>). Dieser Indikator ist nicht auf die nationale Ebene übertragbar, sollte aber auf europäischer Ebene eingeführt werden.

In SDG 10 geht es nicht nur um Ungleichheit innerhalb von Ländern, sondern auch um Ungleichheit unter Ländern. Insbesondere im Bezug auf diesen internationalen Aspekt klafft eine große Lücke im ENNS. Es gibt keine Aussagen zur Neugestaltung der internationalen Steuerpolitik zugunsten einer fairen Verteilung von Steuern aus internationalen Unternehmenstätigkeiten. Ebenso fehlen Aussagen zu Vermeidung von Steuerflucht, zur Erleichterung von Rücküberweisungen von Migranten oder zu einer Neuordnung der multilateralen Organisationen zu Gunsten einer größeren Gleichberechtigung bei internationalen Entscheidungen.

Die OKF schlägt folgende Indikatoren für SDG 10 vor:

- Palma Index für Einkommen und Vermögen, disaggregiert nach Gender
- Proportion of population reporting having personally felt discriminated against or harassed last 12 months (IAEG 10.3.1.- Bevölkerungsanteil, der sich in den letzten 12 Monate diskriminiert oder benachteiligt gefühlt hat)
- Labour Share of GDP, comprising wages and social protection transfers (IAEG 10.4.1. – Arbeitseinkommensquote: Löhne und Sozialversicherung)
- Der [MIPEX Index](#)
- Die Anzahl der jährlich und kumulativ aufgenommenen Flüchtlinge pro 1.000.000 Einwohner
- Die bereitgestellten Finanzmittel für Aufklärung und antirassistischer Arbeit.
- Anzahl der Menschen die auf der Flucht nach Europa den Tod finden (auf europäischer Ebene)
- Netto-Finanztransfer von Deutschland in am wenigsten entwickelte Länder (ODA + FDI - Rückzahlungen - Finanzanlagen im Norden)
- Netto Finanztransfer von Deutschland in Entwicklungsländer insgesamt (ODA+FDI - Rückzahlungen - Finanzanlagen im Norden)
- Financial Secrecy Index des Tax Justice Networks
- Geschätzte Höhe der illegalen Finanzströme nach Deutschland
- Proportion of tariff lines applied to imports from least developed countries (IAEG 10.b.1. – Anteil von Tarifflinien, die auf Importe von am wenigsten entwickelten Ländern zutreffen)
- Remittance costs as a proportion of the amount remitted (IAEG 10.c.1. – Anteil von Überweisungskosten an Rücküberweisungen)

SDG 11

Die vier für SDG 11 vorgeschlagenen Indikatoren sind grundsätzlich sinnvoll, jedoch sind hier anspruchsvolle Zielwerte nötig. Insbesondere der Zielwert für Flächeninanspruchnahme aus der bisherigen nationalen Nachhaltigkeitsstrategie war völlig unzureichend.

Zwei sinnvolle Indikatoren aus der alten Nachhaltigkeitsstrategie wurden in den ENNS nicht übernommen: der Anteil des Bahnverkehrs am gesamten Personenverkehr und am gesamten Güterverkehr. Diese Indikatoren waren grundsätzlich sehr gut - die Fortschritte zu diesen Indikatoren waren jedoch völlig ungenügend. Ein Herausnehmen der Indikatoren aus der Nachhaltigkeitsstrategie ist jedoch keine Lösung.

Über die von der ENNS vorgeschlagenen Indikatoren sind folgende Indikatoren für SDG 11 sinnvoll:

- Annual mean levels of fine particulate matter (PM2.5, PM10) in cities, population weighted (IAEG 11.6.2. und SDSN – Jahresmittelwert der Feinstaubbelastung in Städten, auf Grundlage der Einwohnerzahl gewichtet)
- Anteil der Grünflächen in städtischen Ballungsgebieten, disaggregiert nach Städten oder Bundesländern
- Recycling Rate of municipal waste (Eurostat, Indikator im SDSN Dashboard. Siehe auch IAEG 12.5.1. – Recyclinganteil von Hausmüll)

SDG 12

In dem ENNS wird richtigerweise die große Bedeutung von SDG 12 für Deutschland betont. Deutschland ist insbesondere im Bezug auf unseren wenig nachhaltigen Konsum ein Entwicklungsland. Allerdings bilden auch für dieses SDG die im ENNS gewählten Indikatoren den Handlungsbedarf der Bundesregierung nur bruchstückhaft ab.

Die Bundesregierung fördert auf unterschiedliche Weise Bildung für nachhaltige Entwicklung und trägt dadurch zu einem nachhaltigeren Konsum bei. Gleichzeitig gibt es von privatwirtschaftlicher Seite ein großes Interesse durch Werbung den Konsum von Produkten zu fördern, unabhängig davon, ob diese Produkte schädlich für Umwelt oder Gesundheit sind. Im Bezug auf Tabak und Alkohol hat die Regierung aber auch die EU Schritte unternommen, solche schädliche Werbung zu unterbinden bzw. einzuschränken. Solche Einschränkungen sollten auch bei anderen Produkten erwogen werden. Darüber hinaus sollte die Nachhaltigkeitsstrategie thematisieren, wie Kinder vor dem Einfluss von Werbung geschützt werden können. In diesem Zusammenhang sollte die privatwirtschaftliche Finanzierung von Projekten an Schulen oder die Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien von Unternehmen transparent gemacht und klar reglementiert werden.

Die Bundesregierung verpflichtet sich, die Kennzeichnung von Produkten im Bezug auf Nachhaltigkeit weiter zu verbessern und Bürgerinnen und Bürger über die unterschiedlichen Siegel zu informieren. Statt Konsumenten durch die Vielzahl an Siegel zu lotsen ist es jedoch dringend nötig, Siegel auf nationaler Ebene und auf internationaler Ebene auf der Basis von Daten zu standardisieren. Darüber hinaus ist es zentral, dass Bürgerinnen und Bürger auch Vertrauen in Siegel haben können. Unternehmen sollten daher zu mehr Produkttransparenz entlang der Produktionskette bis hin zur Entsorgung verpflichtet werden.

Wenige Produkte haben solch einen schädlichen Einfluss auf die natürlichen Ressourcen wie Fisch und Fleisch aus industrieller Tierproduktion. Daher sollte der Konsum von Fleisch und Fisch pro Kopf ein Schlüsselindikator für einen nachhaltigeren Lebensstil in Deutschland sein.

Weitere Themen die im ENNS zu SDG 12 Berücksichtigung finden sollten sind die verbindliche Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Qualitätskriterien in der öffentlichen Beschaffung (SDG 12.7.), die Beendigung der Subventionen für fossile Brennstoffe (12.c.) und die Verpflichtung von Unternehmen zu transparenter Berichterstattung im Hinblick auf die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards entlang der Lieferkette (SDG 12.6.). Insbesondere Unternehmen, die vom Staat im Rahmen von KfW Krediten oder Exportkreditversicherungen unterstützt werden, sollten verpflichtet werden, Informationen zur Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards zu veröffentlichen. Ex-ante Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen sollten vor der Bewilligung staatlicher Förderung veröffentlicht werden.

Zusätzliche sinnvolle Indikatoren für SDG 12 in Deutschland sind:

- Hazardous waste per capita in kg (zu SDG 12.4. – Gefährliche Abfälle pro Kopf in kg. Dieser Indikator ist Teil der Eurostat Sustainable Development Indicators, Indikator Code tsdpc250. Siehe auch IAEG Indikator 12.4.2.)
- Haushaltsmüllaufkommen pro Kopf (Eurostat 12.5., siehe auch IAEG Indikator 12.2.2 Domestic material consumption, domestic material consumption per capita and domestic material consumption per GDP)
- Recycling Rate of municipal waste (Eurostat, Indikator im SDSN Dashboard. Siehe auch IAEG 12.5.1. – Recyclinganteil von Hausmüll)
- Anthropogenic waste water that receives treatment (SDSN Dashboard – Abwasseraufbereitung)
- Ein Indikator zur verbindlichen Verankerung von Nachhaltigkeitskriterien in der öffentlichen Beschaffung auf allen Ebenen (IAEG 12.7.1.)
- Höhe der Subventionen fossiler Brennstoffe (IAEG 12.c.1)

SDG 13

Die von dem ENNS vorgeschlagenen Indikatoren sind sinnvoll, erlauben jedoch nicht die Maßnahmen zu erfassen, die heute ergriffen werden um zukünftig klimaschädliche Emissionen zu reduzieren. Die Nachhaltigkeitsstrategie sollte nicht nur den aktuellen Status quo der Klimaschädlichen Emissionen messen, sondern auch mittel- und langfristige Bemühungen der Regierung zur Wahrung des Klimas. 2030 Watch schlägt aus diesem Grund die vier Teilindikatoren des [Climate Change Performance Index](#) von Germanwatch vor.

Weitere sinnvolle Indikatoren in diesem Bereich sind

- Employment in eco-industries and circular economy (% of total employment across all companies, Quelle: Europäische Union - [Eco Innovation Scoreboard](#) / Orbis, Beschäftigungsanteil in Ökoindustrie und Kreislaufwirtschaft)
- Revenue in eco-industries and circular economy (% of total revenue across all companies) (Quelle: Europäische Union - Eco Innovation Scoreboard / Orbis) (Umsätze in Ökoindustrie und Kreislaufwirtschaft)
- Die Förderung von Forschung und Entwicklung im Umweltbereich (% vom BIP, Eurostat)
- Die Anzahl der Forscher und Forscherinnen im Umweltbereich (% an allen Beschäftigten, Eurostat).

SDG 14

Die OKF kann die Indikatoren für SDG 14 nur sehr eingeschränkt bewerten. Der Fischkonsum pro Kopf ist nicht nachhaltig. Staatlichen Maßnahmen zum Schutz der Meere in deutschen und internationalen Gewässern können daher nur erfolgreich sein, wenn der Fischkonsum zurückgeht. Zusätzlich zu den vom ENNS vorgeschlagenen Indikatoren ist daher der für SDG 12 vorgeschlagene Indikator Fischkonsum pro Kopf ist auch für SDG 14 relevant.

SDG 15

Die OKF kann die Indikatoren für SDG 15 nur sehr eingeschränkt bewerten. Zusätzlich zu den Indikatoren im ENNS werden folgende Indikatoren vorgeschlagen:

- Fragmentation of natural and semi-natural areas (EEA Daten, die der Aktualisierung bedürfen – Fragmentierung von natürlichen und naturnahen Gebieten)
- Proportion of important sites for terrestrial and freshwater biodiversity that are covered by protected areas, by ecosystem type (IAEG Indikator 15.1.2. – Anteil der für Süßwasser- und terrestrische Artenvielfalt wichtigen Gebiete, die unter Naturschutz stehen)
- Progress towards national targets established in accordance with Aichi Biodiversity Target 2 of the Strategic Plan for Biodiversity (IAEG Indikator 15.9.1. – Fortschritte bei der Realisierung von nationalen Zielvorgaben des Aichi Biodiversity Targets 2)

SDG 17

Zusätzlich von den im ENNS vorgeschlagenen Indikatoren sollten folgende Indikatoren in der Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden:

- Der Anteil der deutschen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit an am wenigsten entwickelte Länder
- Die Transparenz der Entwicklungszusammenarbeit gemessen am [Aid Transparency Index](#) von PublishWhatYouFund
- Der [Quoda Index](#) zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit des Centers for Global Development

4. Das Monitoring der Umsetzung der 2030 Agenda

Das Monitoring der Umsetzung der SDGs ist zentral für den Erfolg der 2030 Agenda auf nationaler Ebene. Um das Monitoring transparent und auch für die Öffentlichkeit nachvollziehbar zu gestalten sollten folgende Aspekte in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie übernommen werden:

- **Detailinformationen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung:** In der Vergangenheit hat die Bundesregierung alle zwei Jahren den Indikatorenbericht veröffentlicht, in dem die Entwicklung der einzelnen Indikatoren beschrieben wird. Darüber hinaus erstellt die Bundesregierung alle vier Jahre einen umfassenden Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie. Dabei werden punktuell Maßnahmen aufgeführt, die zur Erreichung der Ziele unternommen werden. Berichte zur Umsetzung der 2030 Agenda sollten in Zukunft auch folgende Informationen enthalten:
 - Eine vollständige Liste durchgeführter oder aktuell geplanter Maßnahmen zu den einzelnen Zielen
 - Informationen zur Finanzierung durchgeführter und aktuell geplanter Maßnahmen (Höhe der Finanzierung und Verbindlichkeit der Finanzierung)
 - Eine Liste relevante Gesetzesvorhaben
 - Zuständiges Ressort für alle Maßnahmen.
- **Öffentlichkeitsauglichkeit der Berichte:** Wichtig für das Monitoring der 2030 Agenda ist jedoch nicht nur detaillierte Information und die Berücksichtigung aller wichtiger Themen. Diese Informationen müssen auch für unterschiedliche Zielgruppen sinnvoll bereitgestellt werden. Ein langer Bericht im Pdf Format ist nicht für alle Zielgruppen geeignet. Für eine breite Öffentlichkeit wäre eine gut strukturierte Webseite sinnvoll, auf der einzelne Themen und einzelne Informationstypen gezielt gefunden werden können.
- **Bereitstellung der Daten:** Zu allen in der Strategie verwendeten Indikatoren sollten die Rohdaten in einem Excel oder CSV Format, unter offenen Lizenzen sowie über

eine Programmierschnittstelle (Application Programming Interface - API) angeboten werden. Die Daten sollten auch auf <https://www.govdata.de/> bereitgestellt werden.

- **Vergleichende Daten:** Bei der Darstellung der Indikatoren in der Berichterstattung alle zwei Jahre sollte die Bundesregierung den Bürgerinnen und Bürgern einen Vergleich mit anderen EU oder OECD Ländern ermöglichen (siehe Abbildung 2). Solch ein Vergleich ist auch wichtig, um das Interesse von MedienvertreterInnen an einer Berichterstattung über die Umsetzung der 2030 Agenda zu gewinnen.

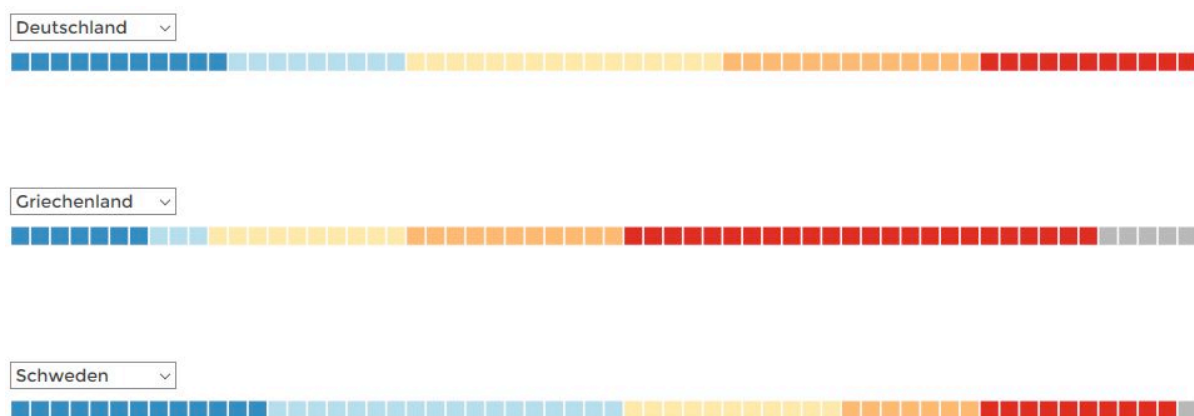


Abbildung 2: Internationaler Vergleich des 2030 Watch Online-Monitoring-Tools

- **Anzahl der Indikatoren:** Die 2030 Agenda enthält 169 Unterziele, von denen viele für Deutschland relevant sind. Zudem umfassen viele der 169 Unterziele mehrere Themenbereiche, die unmöglich durch einen einzelnen Indikator abgebildet werden können. Vor allem in Fällen, wo es bereits Indikatoren von multilateralen Organisationen (Eurostat, OECD, etc.) oder aus internationalen Berichterstattungspflichten gibt, sollte die Anzahl der Indikatoren für die neue Nachhaltigkeitsstrategie nicht ohne konkreten Grund gering gehalten werden. Die öffentliche Kommunikation ist kein solcher Grund, da es hierfür kaum eine Rolle spielt, ob es für die Messung der 2030 Agenda in Deutschland 60 oder 90 oder 120 Indikatoren gibt. Dies gilt umso mehr, als es selbst bei 120 Indikatoren zu jedem SDG weniger als 10 Indikatoren gäbe.
- **Kommunikation der Ziele und Indikatoren:** Zentral für die Öffentliche Kommunikation ist nicht die Anzahl der Indikatoren sondern deren Aufbereitung und Darstellung sowie die Maßnahmen, um die Agenda, die Ziele und Indikatoren einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.
- **Nutzung zivilgesellschaftlicher Daten:** Statistik und Datenerhebung im Kontext der 2030 Agenda ist kein Selbstzweck, sondern dient der Erreichung der

Nachhaltigkeitsziele. Dabei ist Messung von Fortschritt nicht zwingend auf statistisch validierte Daten angewiesen. Auch zivilgesellschaftliche Daten können in diesem Kontext einen Mehrwert liefern. Für das Monitoring der 2030 Agenda sollte die Bundesregierung zusätzlich Daten aus zivilgesellschaftlichen Quellen heranziehen. Beispiele für Daten, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen in hohe Qualität und für viele Länder bereitgestellt werden, sind der Financial Secrecy Index oder der Climate Change Performance Index.